

Armin Wolf

## **Post-Demokratie: Eine (Ent-)Warnung.**

Opening Statement – Obergurgl Governance Symposium, 18th-20th Oct. 2007

„Medien, Politik und Demokratie“ lautet das sehr allgemeine Thema, das uns Prof. Scott zum Einstieg vorgegeben hat – und er hat vorgeschlagen, als Ausgangspunkt Colin Crouch's schmalen Band „Post-Democracy“ zu wählen. Ich muss gestehen, dass ich das Buch nicht kannte. Jetzt habe ich allerdings nur die allerbesten Assoziationen dazu, ich habe es nämlich im Sommer auf einer wunderbaren Fattoria mit Blick über die toskanischen Hügel bei Siena gelesen ...

Ich werde mich – das legen meine Profession als Journalist und auch meine Forschungsschwerpunkte – nahe, vor allem mit jenen Argumenten von Crouch auseinandersetzen, die der politischen Kommunikation, den Medien und ihren Konsequenzen für das politische System gelten. Und ich habe mit seinen diesbezüglichen Thesen ein Problem: Ich glaube, man kann Colin Crouch *normativ* zustimmen – tatsächlich wäre mehr Partizipation durch mündige Bürger, die sich nicht primär als Konsumenten verstehen, an einem offenen politischen System, das nicht durch ökonomisch motivierte und neo-feudalistisch agierende Eliten beherrscht wird, wünschenswert.

Aber *empirisch* kann ich Crouch nicht folgen. Ich möchte behaupten, er unterliegt einer grundsätzlichen Fehleinschätzung, die ich eine *nostalgischen Trugschluss* nennen möchte. Der Kern dieses Trugschlusses besteht in der – vereinfachten – These, dass früher alles besser war. Oder ganz konkret bei Crouch in Sätzen wie: „Im größten Teil Westeuropas und Nordamerikas hatten wir unseren ‚demokratischen Moment‘ etwa in der Mitte des 20. Jahrhunderts“ (Crouch 2004: 6) Er begründet diese angebliche Blütezeit der Demokratie – recht allgemein postulierend und ohne konkrete Daten – mit der hohen Wahlbeteiligung und spricht von einem „hohen Niveau weiterverbreiteter po-

litischer Involviertheit in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren.“ (a.a.O.: 8) Ein ähnlich positives Bild zeichnet Crouch auch von den Medien der damaligen Zeit: Ihre Sprache sei der Komplexität politischer Diskussionen angemessener gewesen als der *sound bite*-Journalismus der letzten Jahrzehnte und diese besseren Zeitungen seien von viel mehr Menschen gelesen worden; die so auch eine bessere Voraussetzung hatten, am politischen Diskurs zu partizipieren. Aber später hätte dann die Werbe- und Überzeugungsindustrie die Oberhand gewonnen. Nicht rationale Argumentation sondern Werbung, affektive Apelle würden seither Politik und die Berichterstattung darüber beherrschen. Dazu käme eine bedenkliche Personalisierung von Wahlkampagnen, die Crouch eigentlich als „Charakteristikum von Diktaturen“ (a.a.O.: 26) ausmacht.

Die Klage über den bedenklichen Zustand heutiger politischer Kommunikation ist nicht falsch – ich werde das noch näher ausführen. Aber Crouchs Grundkonzept von einer *Post-Demokratie*, die eben voraussetzt, dass es tatsächlich eine *Ära der Demokratie* gegeben hätte, die sich seither aufgelöst hat, halte ich für empirisch schwer haltbar – und jedenfalls gar nicht für jene Zeitspanne, die Crouch definiert.

Worin genau hätte dieser „demokratische Moment“ vor 50 bis 60 Jahren bestanden? In einer höheren Wahlbeteiligung? Dies allein scheint mir ein schwacher Indikator für politische Partizipation zu sein. In Österreich zum Beispiel lag die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei den drei Parlamentswahlen der 1950er Jahre bei 95,3 Prozent, das ist heute tatsächlich unvorstellbar. Nur: diese vielen Wähler wählten ständig das Gleiche! Die beiden traditionellen Großparteien gewannen bei allen drei Wahlen zwischen 83 und 89 Prozent der Stimmen (bis Ende der 1970er Jahre stieg der Anteil sogar auf über 90 Prozent). Der Anteil der Wähler mit „starker Parteibindung“ lag bei 71 Prozent, der Anteil der Parteimitglieder bei unglaublichen 27 Prozent der Wahlbevölkerung. (Vgl. Müller/Plasser/Ullrich 1999: 204ff.) Politischen Positionen und Wahl-

entscheidung entstanden nicht im angeblich so hochstehenden öffentlichen Diskurs – sie waren vielmehr weitgehend vorherbestimmt durch Beruf, Wohnort, soziales Milieu und religiöses Engagement.

Der „demokratische Moment“, von dem Crouch spricht, war hierzulande gekennzeichnet durch eine *Große Koalition*, die das Land mit Mehrheiten zwischen 83 und 89 Prozent de facto unabwählbar regierte und von einer *Sozialpartnerschaft*, die in der Realität jede relevante politische Entscheidung aushandelte, und zwar ohne nennenswerte demokratische Legitimation. Nun könnte man sagen, Österreich war ein Sonderfall – und das war es mit seinem extrem korporatistischen politischen System und seiner de facto pragmatisierten Großen Koalition auch in gewisser Weise. Aber hatten andere westliche Nationen ihren „demokratischen Moment“ in den späten 1940er und frühen 50er Jahren? Die USA der Eisenhower- und McCarthy-Ära? Das postfeudalistische Deutschland Adenauers oder das Frankreich De Gaulles? Oder Italien mit seinem dauerhaft paralysierten politischen System? Von Spanien oder Portugal wollen wir gar nicht reden, das wäre zynisch. Wenn es in den 1950er Jahren irgendwo eine demokratische Blütezeit gegeben hat, dann war das jedenfalls die Ausnahme und nicht die Regel. Und die auch international hohen Wahlbeteiligungen waren wohl eher die Folge gesetzlicher Wahlverpflichtungen und einer etatistischen politischen Kultur als der Ausdruck massenhaften politischen Engagements.

Ähnliches gilt für Medien und Journalismus. Ich halte die These, die mediale Politikvermittlung der 50er Jahre wäre qualitativ besser und partizipatorisch anschlussfähiger gewesen als heute, für zumindest sehr gewagt. Zur praktischen Anschauung empfehle ich etwa die ausgezeichnete Biografie des legendären Politikchefs der New York Times, Scotty Reston (vgl. Stacks 2003). Etablierter politischer Journalismus war damals eine Art publizistische Verlängerung der Regierungsbank – die wichtigsten Kommentatoren gehörten zu einer Art erweitertem Kabinett. Von kritischer Kontrolle der politischen Akteure

war damals wenig Rede, dafür blühten – mehr in Europa als in den USA – Parteizeitungen und Ideologie-Journalismus.

Es ist mir, ehrlich gesagt, ein wenig schleierhaft, wie ein Sozialwissenschaftler seine Grundthese auf einem derart wackeligen Fundament aufbauen kann. Jene Zeit, die Crouch als jenen „demokratischen Moment“ bezeichnet, an dem er nun den Verfall misst, könnte m. E. als Referenzgröße kaum ungeeigneter sein. Tatsächlich waren die 50er Jahre – wenn sie mir die grobe Generalisierung erlauben – eine Ära patriarchalischer, hierarchischer, elitärer Honoratioren- und Arkanpolitik. Spitzenpolitik und Regierungshandeln waren eine Angelegenheit älterer, weißer Männer und intransparenter, parademokratischer Parteiapparate. Nahezu alles, was seither kam – so bedenklich vieles auch ist, wie ich gleich ausführen werde – war im Vergleich dazu ein Fortschritt in Richtung MEHR Demokratie.

Ich täte mich mit Crouchs Argumentation jedenfalls leichter, hätte er als Vergleichsmaß wenigstens die Jahre ab 1968 gewählt. Die 1970er und frühen 80er Jahre waren in vielen westlichen Ländern tatsächlich eine Zeit demokratischen und partizipatorischen Aufbruchs in der Studenten-, Frauen-, Friedens- und Umweltbewegung. Und die Öffnung kam auch von oben: „Mehr Demokratie wagen“, versprach Willy Brandt damals, Bruno Kreisky wollte „alle Lebensbereiche mit Demokratie durchfluten“.

Aber die entscheidende Frage für unsere Diskussion ist ja nicht: Wann war es wirklich besser? – Sondern: Wie ist es heute? Und für mein Thema konkret: Wie sehr entspricht der Zustand des politisch-medialen Systems einer möglichen Idealvorstellung von partizipatorischer Demokratie und wo liegen die möglichen Defizite?

Ich kann das natürlich nur mit ein paar Schlaglichtern beleuchten. Wenn wir die These akzeptieren, dass die allermeisten Menschen moderne Politik – je-

denfalls jenseits der kommunalen Ebene – vor allem *medial vermittelt* erleben, dann wird es zu einer entscheidenden Frage, ob die Medien tatsächlich ein *anschlussfähiges* Bild der politischen Verhältnisse bieten. Anschlussfähig in dem Sinn, dass die Bürger die nötigen Informationen bekommen, um qualifiziert am politischen Diskurs teilzunehmen. Das kann dann im Mindestmaß eine qualifizierte Wahlentscheidung sein (oder die bewusste Entscheidung zur Stimmenthaltung) oder auch der Anstoß zu weitergehendem politischen Engagement. Da zeigt sich allerdings eine Vielzahl an Problemen:

1. Moderne Politik ist außerordentlich komplex. Und zwar sowohl inhaltlich als auch im Verfahren. Selbst Berufspolitiker sind von einer Vielzahl der Entscheidungen, die sie mitbestimmen sollen, überfordert – ein durchschnittlicher Parlamentarier kennt den Großteil der Gesetze, die er mit beschließt, kaum. Politik ist ein Spezialistenberuf geworden, der Laien ähnlich schwer zu vermitteln ist, wie andere Fachgebiete. Dazu kommt, dass politisches und mediales System ohnehin nach grundsätzlich verschiedenen Prozesslogiken funktionieren – darauf haben etwa Ulrich Sarcinelli oder Thomas Meyer wiederholt wieder verwiesen.
2. Die Ebene, auf der politische Entscheidungen getroffen werden und jene, auf der darüber informiert wird, fallen auseinander. Ein wesentlicher Teil relevanter Politikverhandlung findet heute auf EU-Ebene oder in globalisierten Wirtschafts- oder Politikgremien statt. Nach wie vor gibt es zu wenige befriedigend organisierte – und vor allem demokratisch legitimierte - supranationale Institutionen. Aber immerhin, es gibt sie – von der EU bis zur UNO, von der Weltbank bis zur WTO. Aber *alle* relevanten *Medien* agieren auf nationaler oder auch regionaler Basis. Es gibt kein europäisches oder gar globales Massenmedium – lediglich wenige Elitepublikationen extrem beschränkter Reichweite wie die *Financial Times*, die *International Herald Tribune* oder *CNN*. Das

ist natürlich in erster Linie auf das Fehlen einer gemeinsamen Sprache zurückzuführen. Und das führt zu wesentlichen demokratiepolitischen Problemen: Ernst zu nehmende europäische Wahlen z. B. – etwa für die EU-Kommission oder einen EU-Präsidenten – sind kaum vorstellbar, denn die Sprachbarrieren verhindern massenattraktive europaweite Wahlbewegungen. Aber auch die Information über das politische System Europas oder einflussreiche globale Akteure wie die WTO bleibt äußerst lückenhaft, weil den Bürgern die affektive Anbindung fehlt. In der Sprache von Fernsehmachern: EU-Berichterstattung ist ein Quotenkiller. Eine innovative Zeitung hat für derartige Themen mal eine eigene Rubrik eingeführt: „Boring but important“. Eine hübsche Idee – hilft aber auch nicht viel. Es gibt auf absehbare Zeit keine europäische und erst recht keine globale Öffentlichkeit.

3. Die gnadenlose Kommerzialisierung des Mediensystems. Die Mehrzahl der relevanten Medien steht im Eigentum primär profitorientierter Konzerne. Nicht publizistisch motivierte Verleger geben heute Zeitungen und Zeitschriften heraus, sondern Kapitalgesellschaften, deren wichtigste Kriterien die Umsatzrendite und der *return on investment* sind. Nicht dass die deutsche SAT1/Pro7-Gruppe viel zur Aufklärung beigetragen hätte – aber dass dort zuletzt die ohnehin kaum vorhandene Information gekürzt wurde, weil die Rendite von satten 22 Prozent auf 30 Prozent gesteigert werden muss, ist ein treffendes Beispiel. (vgl. *Der Spiegel* vom 16. 7. 2007: 68)

Öffentlich-Rechtliche Medien, die einer anderen Logik gehorchen und deren oberstes Ziel *Public Service* lautet, müssen mit den kommerziellen Sendern um Zuschauer konkurrieren. Zum einen, um ihre verpflichtenden Gebühren zu rechtfertigen und (außer in wenigen Ausnahmefällen, wie bei der BBC) um die nötigen Werbeeinnahmen zu erzielen. Weil jedoch die Zeit, die für Medienkonsum aufgewendet wird, zwar beständig steigt aber nicht unendlich ist, hat sich diese Wettbewerbssituation

dramatisch verschärft. Aufgrund der Liberalisierung und Digitalisierung im elektronischen Medienbereich verfügt ein österreichischer Haushalt mit Kabel- oder Satellitenanschluss – und das sind bereits nahezu 90 Prozent – heute über durchschnittlich 59 Fernsehkanäle (Satellitenhaushalte: 74. Quelle: <http://medienforschung.orf.at>). Und diese konkurrieren um die Aufmerksamkeit des Publikums mit Radio, Tageszeitung, Magazinen und dem Internet, aber auch mit DVDs, Computerspielen und der Musik aus dem iPod.

4. Dieser Wettbewerb um Aufmerksamkeit hat die mediale Politikdarstellung grundlegend verändert. Nach wie vor nennen in allen westlichen Ländern zwei Drittel bis drei Viertel der Bevölkerung Fernsehen als ihre wichtigste Informationsquelle über Politik. (Vgl. Plasser/Ulram 2004: 74) Die Politik-Berichterstattung im TV konkurriert heute jedoch mit Dutzenden gleichzeitig laufenden Talkshows, Actionfilmen, Comedy-Serien und Liebesfilmen, nur einen Druckknopf auf der Fernbedienung entfernt. Um hier bestehen zu können, muss die politische Berichterstattung also ähnlich attraktiv werden wie die vielen Unterhaltungsprogramme – mit entsprechenden Konsequenzen für Themenauswahl, Aufbereitung und Dramaturgie.

Eine Konsequenz davon ist die zunehmende *Personalisierung* von Politik. Sie erfüllt gleich mehrere Funktionen: Im Fernsehen – aber auch in den Printmedien – macht sie politische Vorgänge leichter darstellbar. Schon seit fast 60 Jahren heißt es etwa im offiziellen Statut des deutschen Nachrichtenmagazins *Spiegel*: „Nichts interessiert den Menschen so sehr wie der Mensch.“ Deshalb wird jede *Spiegel*-Story, egal über welches Thema, um handelnde Menschen herum erzählt. Für das Fernsehen ist Personalisierung eine dramaturgische Notwendigkeit: Seine narrativen Muster erfordern Personen als *Hauptdarsteller von Geschichten über Politik*. Die Personalisierung hat aber auch für die Zuschauer eine

wesentliche Funktion: sie reduziert Komplexität.<sup>1</sup> Eine weitere Konsequenz ist die zunehmende *Entertainingisierung* von Politik. Sie wird immer mehr nach dem „Spaßregister spätmoderner Erlebnissucher“ ausgerichtet, schreibt Sigrid Baringhorst (1998: 336f.). Das Publikum verlange nach „Unterhaltungs- und Erlebniswert“. Für diese Vermischung aus Politik und Entertainment wurde mittlerweile der hübsche Begriff *Politainment* geprägt (Vgl. Conley/Schultz 2000, Dörner 2001)

5. Diese Medienlogik hat auch weitreichende Konsequenzen für das politische System. Thomas Meyer spricht von einer „Selbstmediatisierung“, Fritz Plasser von „redaktionellem Politikverständnis“. Beides bezeichnet eine Anpassung politischer Prozesse an die Produktionslogik der Medien. So ist massenmediale Darstellungskompetenz zu einem zentralen Auswahlkriterium für politische Akteure geworden. Und Politik wird zunehmend strategisch inszeniert: hochprofessionelle Beraterstäbe betreiben gezieltes Themen- und Personalmanagement, um die Handlungsautonomie der Medien in Themenauswahl und dramaturgischer Aufbereitung zu unterlaufen. Die publizistischen Akteure wehren sich gegen diese zunehmende Instrumentalisierung durch ein Ausweichen auf Meta-Themen – die politische Inszenierung wird problematisiert, der strategische Prozess durchleuchtet, Motive und Interessen werden thematisiert. Die Selbstdarstellung politischer Akteure wird beschränkt – das durchschnittliche *sound bite* eines Politikers im US-Fernsehen ist von 42 Sekunden im Jahr 1968 auf 7,8 Sekunden im Jahr 2000 geschrumpft, in Österreich ist der durchschnittliche Politiker-O-Ton gerade noch 15 Sekunden lang. Das ganze führt zu einer Art *Rüstungswettlauf um die Vorherrschaft im politisch-medialen Komplex*. (Vgl. Wolf 2006: 57ff.) Die ei-

---

<sup>1</sup> (Diese Personalisierung in der Politikdarstellung läßt sich auch eindrucksvoll empirisch nachweisen: in einer umfangreichen Untersuchung der redaktionellen Berichterstattung österreichischer Medien im zweiten Halbjahr 2003 zeigte sich, dass 71 Prozent aller ausgewerteten Beiträge einen *persönlichkeitszentrierten* Zugang aufwiesen und nur 29 Prozent eine *parteienzentrierte* Darstellung von kollektiv-institutionellen Akteuren. – vgl. Lengauer/ Pallaver/Pig 2004: 167)



nen rüsten ihre PR-Stäbe auf, die anderen versuchen das beständige Inszenierungsbombardement zu unterlaufen. Und beide Seiten leben dabei ständig im Gefühl, vom anderen überholt zu werden.

6. Das politische Personal leidet an einer fundamentalen Vertrauenskrise.

Die – an sich gesunde – Skepsis der Journalisten gegenüber den politischen Inszenierungsangeboten schlägt mitunter auch in einen gewissen Zynismus um. Der britische Fernsehjournalist Jeremy Paxman, der mit seinem konfrontativen Interview-Stil berühmt wurde, hat diese Grundhaltung gegenüber Politikern einmal so beschrieben hat: „Ich frage mich einfach ständig, warum mich dieser lügende Bastard jetzt anlügt“. (zitiert nach Wolf 2007: 273). Joseph Capella und Kathleen Hall Jamieson (1997) sprechen von einer „Spirale des Zynismus“. Die Konsequenz aus überinszenierter Politik und alles grundsätzlich in Frage stellender Berichterstattung – und vor allem auch aus dem realen Fehlverhalten politischer Akteure – ist eine beispiellose Image- und Vertrauenskrise etablierter Politik (Vgl. Plasser/Ullrich 2002: 189ff.) Das trifft politische Institutionen wie Parteien, Regierungen oder – in Österreich ganz besonders – EU-Gremien, aber vor allem auch die agierenden Politiker. In einer alljährlich durchgeführten internationalen Befragung über das Vertrauen, das Bürger in verschiedene Berufsgruppen haben, landen Politiker seit Jahren regelmäßig weit abgeschlagen auf dem letzten Platz. In Österreich vertrauten ihnen zuletzt nur mehr 8 Prozent, im europäischen Durchschnitt nur 7. (Vgl. APA0188 vom 7. 4. 2007)

Das erhöht die Chancen *atypischer politischer Akteure* für zumindest temporären Erfolg: Beispiele wären der Wrestling-Champion Jesse Ventura, Arnold Schwarzenegger oder derzeit Fernseh-Star Fred Thompson in den USA; Pim Fortyn in den Niederlanden, Silvio Berlusconi in Italien oder Thaksin Chinnawat in Thailand. Vor allem aber erhöht es die Wahlchancen von populistischen Parteien und Ressentiment-Politik. Gerade in einer überkomplexen politischen Wirklichkeit, in der Vertrauen in

politische Institutionen und Akteure eine „strukturelle Notwendigkeit“ wäre, wie Günter Bentele (1998: 310) sagt, ist dieser *confidence gap* ein nicht zu unterschätzendes Problem.

7. Die zunehmende Fragmentierung der öffentlichen Arena in eine Multi-kanalöffentlichkeit bedroht die *res publica*. Deliberative und partizipatorische Demokratie benötigen einen gewissen gemeinsamen Informationsstand über den Zustand des Gemeinwesens. Und außerdem die Bereitschaft der Bürger, sich mit widerstreitenden Argumenten auseinanderzusetzen. Das wird durch den Boom neuer „Ideologie-Medien“ wie FoxTV in den USA oder zahlloser Meinungs-Blogs im Internet nicht begünstigt. Wenn jeder nur mehr liest oder hört, was er ohnehin schon denkt, befördert das jedenfalls keinen gehaltvollen Diskurs über allgemeinverbindliche Regeln oder Entscheidungen. Manche setzen hier Hoffnungen in das Internet – vor allem in seine Möglichkeit zur Interaktion. Ich würde hier vor allzu viel Optimismus warnen: Die neuen Medien senken tatsächlich die Zugangsschwelle zur Politik – praktisch alle denkbaren Inhalte sind hier rasch und unkompliziert in fast jeder Präsentationsform verfügbar. Und die Nutzer können sowohl mit politischen Akteuren direkt als auch untereinander kommunizieren. Aber auch das ist – was Politik betrifft – ein extremes Minderheitenprogramm. Wie viele Menschen kennen Sie tatsächlich, die sich ein Parteiprogramm downloaden? Jene Seiten, auf denen Internet-Nutzer wirklich viel Zeit verbringt sind ganz andere: *YouTube, MySpace, Facebook, AOL* und ähnliche. Politische Partizipation findet dort nur sehr begrenzt statt.

Das klingt nun alles nach einem einigermaßen negativen Befund. Und trotzdem möchte ich nicht in den allgemeinen Kulturpessimismus einstimmen, der ja auch dem Konzept der *PostDemokratie* zu Grunde liegt. Ich weigere mich tatsächlich zu glauben, dass früher alles besser war. Diesem nostalgischen Trugschluss unterlag auch schon Neil Postman (1985: 60ff.), wenn er in seinem

Hauptwerk „Wir amüsieren uns zu Tode“ von den öffentlichen Debatten zwischen Lincoln und Douglas Mitte des 19. Jahrhundert schwärmte – und davon, wie begeistert das Publikum diese viele Stunden langen politischen Diskussionen verfolgt hätte und wie seither der politische Diskurs ins Bodenlose verfallen wäre. Ich bezweifle das. Diese berühmten sieben Debatten waren auch damals eine besondere Minderheitenveranstaltung – und sie fanden auf Jahrmärkten statt. Es war nur eine andere Form von *Politainment*.

Ich möchte sogar weiter gehen und behaupten: Es hat noch nie so viele Angebote für gehaltvollen politischen Diskurs gegeben wie in der Gegenwart. Gehen Sie in einen gut sortierten Zeitschriftenladen und in eine Buchhandlung. Allein auf Deutsch erscheinen jährlich rund 13.000 sozialwissenschaftliche Sachbücher, die vielen politischen Magazine von *Konkret* bis *Cicero*, vom *Spiegel* bis zu *Transit*, von *Datum* bis zur *Zeit* können sie gar nicht lesen und ich meine, dass auch die allermeisten Qualitätstageszeitungen von der *FAZ*, über die *Süddeutsche*, die *NZZ* bis hin zu *Standard* oder *Presse* in Österreich heute besser sind als vor 10, 20 oder gar 50 Jahren. Dazu können Sie im Internet quasi live die *New York Times* oder *Le Monde* lesen, die *New York Review of Books* oder die *India Times*. Selbst das Fernsehen ist heute – lachen Sie nicht – klüger als früher. Eher nicht *RTL* oder der *Home Shopping Channel*, aber auf *ARTE*, *3Sat* oder *Phoenix* sehen Sie exzellente Dokumentationen, Reportagen und Diskussionen ohne Ende.

Falls Sie der Selektions- und Präsentationslogik der Medienindustrie nicht vertrauen, haben Sie heute mehr denn je die Möglichkeit, direkt zur Quelle zu gehen. Jede namhafte Partei, jede NGO, jeder relevante Politiker präsentiert sich ausführlichst im Internet. Das Problem für den politisch interessierten Bürger ist jedenfalls *nicht* ein Mangel an gehaltvoller Information.

Das zentrale Attribut ist jetzt allerdings auch gefallen: es lautet *politisch interessiert*. Das Angebot ist da – es muss allerdings auch genützt werden. Und

hier können die Bürger nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Die Voraussetzungen für entsprechendes Interesse und Engagement waren jedenfalls noch nie so gut: Noch nie hatten Menschen in Industrieländern so viel Freizeit. Noch nie waren sie vergleichsweise derart gebildet. Und noch nie war der Zugang zu Informationen derart leicht. Und tatsächlich zeigen die meisten empirischen Studien, dass in demokratischen Ländern sowohl das *Wissen über Politik* als auch das *Interesse* daran tendenziell eher steigen als sinken – ganz im Gegensatz zu Colin Crouch's pessimistischer Diagnose. So hatten in Österreich Mitte der 1970er Jahre nur 20 Prozent der befragten Bürger das Gefühl, politische Vorgänge und Probleme *angemessen verstehen* zu können. 25 Jahre später waren es bereits doppelt so viele. Eine ganz ähnliche Steigerung wurde auch in Deutschland gemessen – von 21 auf 45 Prozent (vgl. Plasser/Ullram 2002: 194f.). Das ist immer noch weniger als die Hälfte der Bevölkerung, aber es spricht jedenfalls nicht für einen Niedergang. Auch das *subjektive Interesse* an Politik steigt tendenziell: in den USA von Anfang der 80er auf Ende der 90er Jahre von 78 auf 87 Prozent. In Norwegen von 86 auf 93, in Westdeutschland von 84 auf 94, in Österreich von 73 auf 88 Prozent, nur in Spanien ist es in diesem Zeitraum etwas zurückgegangen, von 59 auf 53 Prozent (vgl. a.a.O.: 192f.). Und ich besitze keine empirischen Daten darüber, aber ich würde einfach mal behaupten, dass es noch nie eine derartig große Anzahl von aktiven NGOs gegeben hat. In einer aktuellen Umfrage sagen 29 % der befragten Deutschen zwischen 14 und 29, sie „könnten sich vorstellen, selbst aktiv in die Politik zu gehen.“ Das ist kein geringer Prozentsatz und vor allem: er ist höher als in allen anderen befragten Altersgruppen.<sup>2</sup> Ist also die politische Partizipation tatsächlich zurückgegangen – noch dazu in einem besorgniserregenden Ausmaß, wie Colin Crouch konstatiert? Da würde ich doch Zweifel anmelden.

Ein entscheidendes Problem sehe ich allerdings in einem Punkt: Was kann politisches Engagement bewirken? In den meisten westlichen Demokratien zeigt

---

<sup>2</sup> 30-39jährige: 24 %, 40-49jährige: 23 %, 50-59jährige: 19 %, 60jährige und älter: 16 %, TOTAL: 22 %. (TNS Emnid, August 2007, 1.000 Befragte) - vgl. *Die Zeit* vom 6. 9. 2007:6

sich in Umfragen, dass nur eine kleine Minderheit der Bürger der Meinung ist, Politiker würden sich um die Anliegen der Bevölkerung kümmern. In den USA bejahen das 33 Prozent, in Österreich 22 und in Deutschland gar nur 15 (vgl. a.a.O.: 199). Eine große Mehrheit glaubt in allen drei Ländern, Politiker wären nur an den Stimmen der Wähler interessiert, aber nicht an ihren Ansichten.<sup>3</sup> Dieses Gefühl der *mangelnden Responsivität* etablierter Politik – und das in einer Zeit, in der man Politikern vorwirft, nur mehr nach Umfrageergebnissen zu agieren – ist alarmierend. Aber selbst, wenn die Responsivität größer wäre – der entscheidende Punkt ist jener, den ich schon ganz zu Beginn angesprochen habe:

Wir leben in einem zunehmend globalisierten, maßgeblich ökonomisch determinierten System – und gleichzeitig in nationalstaatlich verfassten politischen und medialen Strukturen. Diese mangelnde Deckungsgleichheit der Entscheidungsebenen, die unterschiedliche Reichweite von *polity*, *policy* und *politics*, schafft ein demokratisches Problem: Kann ich durch politische Partizipation auf nationaler Ebene noch relevante Entscheidungen (mit)beeinflussen? Und sind jene Akteure, die die relevanten Entscheidungen treffen, ausreichend demokratisch legitimiert? Auf diese Fragen fällt die Antwort m.E. ziemlich ernüchternd aus – und das wäre dann doch ein zentraler Punkt, an dem ich mich mit Colin Crouch treffen würde.

### **Literatur:**

BARINGHORST, Sigrid (1998): Zur Mediatisierung des politischen Protests. Von der Institutionen- zur „Greenpeace-Demokratie“. In: SARCINELLI, Ulrich (Hg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur. Opladen/Wiesbaden: 326-342

BENTELE, Günter (1998): Vertrauen/Glaubwürdigkeit. In: JARREN/SARCINELLI/SAXER: Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Opladen/Wiesbaden: 305-311

---

<sup>3</sup> Laut der oa. Umfrage antworten auf die Frage „Wie genau kennen die Bundestagsabgeordneten wohl Leben, Alltag und Sorgen ihrer Wähler“ 85 % der befragten Deutschen mit „nicht so genau oder gar nicht“. Nur 14 % mit „sehr genau, ziemlich genau“. – Vgl. a.a.O.: 4

CAPELLA, Joseph N./HALL JAMIESON, Kathleen (1997): Spiral of Cynicism. The Press and the Public Good. Oxford University Press, Oxford/New York

CONLEY, Ann/SCHULTZ, David (2000): Jesse Ventura and the Brave New World of Politainer Politics. In: Journal of American & Comperative Cultures 23, No.3/2000: 49-59

CROUCH, Colin (2004): Post-Democracy. Polity Press, Cambridge

DÖRNER, Andreas (2001): Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft. Frankfurt a. M.

LENGAUER, Günther/PALLAVER, Günther/PIG, Clemens (2004): Redaktionelle Politikvermittlung in der Mediendemokratie. In: PLASSER, Fritz (Hg.): Politische Kommunikation in Österreich. Wien: 149-236

MÜLLER, Wolfgang C./PLASSER, Fritz/ULRAM, Peter A. (1999): Schwäche als Vorteil, Stärke als Nachteil. Die Reaktion der Parteien auf den Rückgang der Wählerbindungen in Österreich. In: MAIR/MÜLLER/PLASSER (Hg.): Parteien auf komplexen Wählermärkten. Reaktionsstrategien politischer Parteien in Westeuropa. Wien: 201-245

PLASSER, Fritz/ULRAM, Peter A. (2002): Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktkultur. Wien

POSTMAN, Neil (1985): Wir amüsieren uns zu Tode. Urteilsbildung im Zeitalter der Unterhaltungsindustrie. Frankfurt a. M.

STACKS, John F. (2003): Scotty. James B. Reston and the rise and fall of American journalism. Little, Brown and Company, Boston/New York/London

WOLF, Armin (2006): Opfer und Täter zugleich. JournalistInnen als Adressaten und Konstrukteure medialer Inszenierungen von Politik. In: FILZMAIER/KARMASIN/KLEPP (Hg.): Politik und Medien. Medien und Politik. Wien: 51-66

WOLF, Armin (2007): „Danke für das Gespräch!“ Das Interview als (gefährdete) Form politischer Kommunikation. In: FILZMAIER/PLAIKNER/DUFFEK (Hg.): Mediendemokratie Österreich. Wien: 273-280

---

**Dr. Armin Wolf, c/o ORF/ZiB 2-Redaktion, A-1136 Wien.  
E-Mail: armin.wolf@orf.at**